



Volkssblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 79

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volkssblatt



JUGEND-EXTRA

Einfach total erwischt!

Über den siebten Himmel oder das Gefühl von Schweissausbrüchen und ähnlichen Zuständen auf Seite 7



MOTORSPORT

Formel BMW Junior 1998

Der Balzner Stefan Eberle fährt ab Mitte April 20 Rennen um den «BMW ADAC Formel Junior Cup» Seite 15

TAGESSCHAU

Hilfsaktion der Realschule Balzers



In der Adventszeit 1997 starteten die Schüler und Schülerinnen der Realschule Balzers eine Aktion zugunsten des Kinderheimes «Las Granjas» in Medellin, Kolumbien. Durch den Verkauf von selbst Gebasteltem und anlässlich eines Charity-Walks wurde Geld gesammelt. Dabei kam die stattliche Summe von über 15000 Franken zusammen. Der Liechtensteiner Entwicklungsdienst erhöhte den Betrag um weitere 5000 Franken. Seite 2

Gemeindemanagement

Den Staat besser managen – nur wie? Mit dieser Frage setzt sich auch die HWV Chur Samedan auseinander. Ihr Weiterbildungsangebot für die Öffentliche Verwaltung beinhaltet Diplomlehrgänge, Spezialseminare und Tagungen. Sie leisten damit einen aktiven Beitrag zur Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Öffentlichen Verwaltung. Seite 5

Balzers als Motor der Oerlikon-Bührle-Holding

Der Mischkonzern Oerlikon Bührle (OBH) hat zwar 1997 mehr verdient und die größten Lasten der Vergangenheit sind abgetragen. Dennoch sei man erst auf halbem Weg, sagte der abtretende Konzernchef Hans Widmer. Bally geht es nach wie vor schlecht, und auch die Pilatuswerke florieren nicht. Der eigentliche Motor des Konglomerats ist die in der Beschichtungs-technik tätige Balzers und Leybold. Seite 13

F/A-18 im Wallis abgestürzt

MONTANA: Beim Absturz eines doppelstzigen Kampffjets F/A-18 der Schweizer Luftwaffe im Wallis ist gestern mindestens ein Pilot getötet worden. Luftwaffenchef Fernand Carrel verfügte ein sofortiges Flugverbot für alle F/A-18. Der Kampffjet stürzte gegen 14.20 Uhr in ein schwer zugängliches Gebiet oberhalb von Crans-sur-Sierre VS ausserhalb des Skigebietes Crans-Montana. Das felsige Gebiet liegt auf einer Höhe von rund 1800 Metern über Meer. Zur Zeit des Unglückes herrschte sowohl auf Flughöhe wie auch im Absturzgebiet Nebel und Schneetreiben, was die Rettungsarbeiten behinderte.

Alpentransit – Neue Zufahrtsstrecken

WIEN: Seit Jahren ist das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention blockiert, weil Österreich das Verbot für den Bau neuer hochrangiger alpenquerender Strassen festschreiben will. Dagegen opponiert vor allem Deutschland. Jetzt traf sich eine internationale Expertenkommission zu einer Bestandsaufnahme. Zur Diskussion standen vor allem Strassenbauprojekte Richtung Alpen, dazu auch anstehende Lückenschlüsse, die bei Vollendung zu neuen alpenquerenden Transitrouten führen könnten, meldete die alpenpolitische Nachrichten-Agentur «Medien-Netzwerk Alpen» am Dienstag. Alle Projekte werden jetzt in einer den ganzen Alpenraum umfassenden Übersicht kartographisch erfasst.

Letzetunnel verhindern wegen Umweltunverträglichkeit?

Regierung will Übereinkommen über Umweltverträglichkeitsprüfung beitreten

Projekte im grenznahen Raum mit umweltbelastenden Auswirkungen über die Grenze hinweg können einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterstellt werden. Die Regierung hat den Beitritt zu einem diesbezüglichen internationalen Übereinkommen beschlossen.

Die Teilnahme an diesem Abkommen könnte Liechtenstein einen Weg zur Verhinderung des Letzetunnels öffnen, bestätigte Verkehrsminister Norbert Marxer am gestrigen Pressegespräch.

«Die internationale Gemeinschaft ist aktiv geworden», begrün-

det die Regierung ihre Entscheidung zur Teilnahme am internationalen Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, «um für die Bewilligung von Anlagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen Vorschriften über ein zwischenstaatliches Informations-, Konsultations- und Mitwirkungsverfahren festzulegen.»

Das Abkommen bezwecke die Sicherstellung, dass bei der Planung von Anlagen, die voraussichtlich erhebliche grenzüberschreitende Umweltauswirkungen zur Folge hätten, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werde. Ausserdem schaffe das Übereinkom-

men die rechtliche Grundlage für das grenzüberschreitende Informations-, Konsultations- und Mitwirkungsverfahren der betroffenen Nachbarländer über die grenzüberschreitenden Auswirkungen der geplanten Anlage. Für Aussenministerin Andrea Willi hat das Abkommen für Liechtenstein eine besondere Bedeutung, weil einerseits Vorhaben im grenznahen Ausland betroffen würden, die erhebliche grenzüberschreitende Umweltauswirkungen verursachen können, die «wegen der Kleinflächigkeit Liechtensteins unter Umständen das ganze Land betreffen» könnten. Andererseits schaffe das Übereinkommen auch eine rechtliche

Grundlage für die bereits bestehenden Kontakte mit ausländischen Behörden bei allfällig geplanten Anlagen, die in Liechtenstein errichtet würden und bei denen erhebliche Umweltauswirkungen auf das Ausland nicht ausgeschlossen werden können.

Nach den Ausführungen der Aussenministerin findet in der Praxis bereits heute schon eine Zusammenarbeit bei Anlagen im grenzüberschreitenden Bereich statt. Was noch fehlt, ist ein Umweltverträglichkeitsgesetz in Liechtenstein selbst, das nach Auskunft von Umweltminister Norbert Marxer am Pressegespräch in den nächsten Wochen vorliegen wird. Günther Meier



BESTANDESAUFNAHME

Gewalt gegen Frauen

Um sich einen Überblick über die Situation der Frauen in Liechtenstein zu verschaffen, stattete gestern die UNO-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, Radhika Coomaraswamy (3.v. links), unserm Land in Begleitung von Isabelle Dupuy, Human Rights Officer, einen Besuch ab. Nach Gesprächen mit Vertreterinnen der INFRA, der Flüchtlingshilfe, Mitgliedern der Gleichberechtigungskommission, der Leiterin des Gleichstellungsbüros Bernadette Kubik-Risch sowie einem Besuch im Frauenhaus, traf die UNO-Sonderberichterstatterin im Rahmen der Bestandsaufnahme für ihren Bericht auch mit Regierungsrätin Andrea Willi (links) und im Anschluss mit Regierungsrat Heinz Frommelt zusammen. (Bild: vito)

In den verkehrspolitischen Rücken gefallen

Regierung lässt Studie für ein Modell über Pendlerverkehr erarbeiten

Regierungsrat Norbert Marxer ärgert sich über Kritik an der Verkehrspolitik der Regierung. Der Maurer Vorsteher Johannes Kaiser sei ihm in den Rücken gefallen, beklagte der Verkehrsminister. Ein «klares Nein zum Letzetunnel», wie von Umweltschutzseite gefordert, will Marxer aber dennoch nicht formulieren.

Eigentlich wollte Verkehrsminister Norbert Marxer am Pressegespräch über geplante Verkehrsmassnahmen informieren, doch eine von der «Vaterland»-Redaktion gestellte Frage über unsachliche Kritik des Maurer Vorstehers Johannes Kaiser an der Verkehrspolitik der VU-Regierung nahm schliesslich breiteren Raum ein.

Diese Kritik habe ihn geärgert, bekannte der VU-Regierungsrat, der die verkehrspolitischen Versäumnisse der Vergangenheit unter

VU-Regierungsmehrheit aufholen muss. Ein «klares Nein zum Letzetunnel» will der Verkehrsminister nicht aussprechen, sondern in Verhandlungen mit Österreich und der Schweiz Gespräche über eine regionale Verkehrspolitik führen. Gegenüber dem Maurer Vorsteher Johannes Kaiser machte der Regierungsrat den Vorwurf, dieser habe bereits vor dem Letzetunnel «kapituliert».

Bekannte Vorstellungen

Alte und bekannte Vorstellungen will Verkehrsminister Norbert Marxer bei seinen verkehrspolitischen Massnahmen wieder aufleben lassen. Die Regierung habe beschlossen, eine Studie für ein Pendlerverkehrsmodell für Liechtenstein erarbeiten zu lassen. Ziel der Studie sei die Entwicklung von Alternativen zum individuellen motorisierten Personenverkehr sowie das Aufzei-

gen von Möglichkeiten für den Aufbau des Werkverkehrs und dessen Abstimmung mit dem öffentlichen Verkehr. Die von den grösseren Industriebetrieben teilweise abgeschafften Werkbusse sollen eine Wiedereinführung, in möglichst breiter Zusammenarbeit beteiligter Unternehmen, erfahren. Nicht ausgeschlossen ist nach den Worten von Verkehrsminister Marxer, dass eine staatliche Subventionierung dieser Massnahme erfolgt.

Einführung Werkverkehr

Um Begleitmassnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs und des Werkbusverkehrs erarbeiten zu können, ist es nach seiner Auffassung unerlässlich, vorhergehend ein Verkehrsflussdiagramm zu erstellen. Aufgrund von Pendlerlisten – täglich 4000 Grenzgänger aus Österreich und 3000 Zupendler aus der Schweiz – soll ein Verkehrsmo-

dell ausgearbeitet werden, auf welches das Angebot des Werkverkehrs und des öffentlichen Verkehrs abgestimmt werden soll. (G.M.)

REKLAME



AKTION PRO SKI

Verlosung März

Gewinn-Nummer

Los-Nr.

1405